

## Wer bezahlt die Zeche?

**Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserin, lieber Leser,**

die Widersprüche sind groß: Der Koalitionsvertrag der grün-roten Landesregierung verspricht konsequente Schritte zur Verbesserung der Situation im Bildungs- und Hochschulbereich, zum Abbau der Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft. Vor allem dafür wurde diese Regierung von den Bürgerinnen und Bürgern Baden-Württembergs und vermutlich auch von vielen GEW-Mitgliedern gewählt. Laut Umfragen war die Qualität der Bildung das wichtigste Wahlkampfthema. Und jetzt: Seit Wochen besteht der Eindruck, dass für die Landesregierung das Sparen und nicht die Umsetzung des Koalitionsvertrags im Mittelpunkt steht. Schon in den Jahren 2011 und 2012 sollen keine neuen Schulden gemacht werden. Darin sind sich beide Regierungsfractionen mit Finanzminister Schmid und Ministerpräsident Kretschmann einig. Diese Linie gilt offensichtlich, obwohl die Steuereinnahmen im Jahr 2011 und 2012 sehr positiv sind und die Erwartungen deutlich übertreffen.

Trotzdem gibt es in den Bildungseinrichtungen lange Gesichter: Das Geld reicht vorne und hinten nicht für die Umsetzung der schulischen Reformvorhaben, für den Ausbau der Bildung und Betreuung bei den Kleinsten. An den Schulen gibt es nicht weniger Engpässe in der Unterrichtsversorgung als bei der Vorgängerregierung. Es drohen weitere Zusatzaufgaben für die Lehrkräfte.

Die Landesregierung ist mit dem Anspruch angetreten, Beteiligung von unten und Transparenz sicherzustellen. Gleichzeitig erfahren die Beamtinnen und Beamten aus der Presse, dass die Landesregierung trotz der sprudelnden Steuereinnahmen von ihnen einen Einsparbeitrag fordert. 130 Millionen im Jahr 2012. Die Gewerkschaften wurden in Spitzengesprächen mit Fraktionen und Ministerien nachträglich über die Planungen informiert. Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben im Gegensatz zum Beamtenbund die Sparpläne abgelehnt.

Rund 100 Millionen Euro sollen durch eine Verschiebung der Besoldungsanpassung 2012 erreicht werden. Sie soll mit einer sozialen Staffelung erfolgen. Ich habe in den politischen Gesprächen entschieden abgelehnt, dass die Beamtinnen und Beamten im Bildungs- und Hochschulbereich in die Kategorie „Besserverdienende“ fallen, denen Gehaltskürzungen zugemutet werden könnten. Das sind genau die Beschäftigten, die durch ihre Arbeit die Qualität an den Schulen und Hochschulen sicherstellen.

Weitere rund 30 Millionen Euro sollen durch so genannte „Anpassungen“ bei den Beihilferegelungen (Wahlleistungen und Kostendämpfungspauschale) eingespart werden. Darüber hinaus will die Landesregierung im kommenden Jahr mit den Interessenvertretungen der Beamtenschaft über strukturelle Einsparmaßnahmen in einen Dialog eintreten.

Die GEW sieht keinerlei Spielraum für Kürzungen bei den Beamt/innen und Versorgungsempfänger/innen. Sie haben in den vergangenen Jahren Reallohnverluste hingenommen. Die Sonderzuwendungen wurden erheblich gekürzt, die Arbeitsbelastung und Arbeitsverdichtung ist an allen Arbeitsplätzen gestiegen, die Pensionen wurden deutlich abgesenkt. Nicht die Beschäftigten und Versorgungsempfänger/innen im öffentlichen Dienst haben die miserable Haushaltspolitik der vergangenen Jahre zu verantworten. Die Lehrer/innen machen ihrem Dienstherrn ständig Geschenke: unbezahlte Mehrarbeit, Eigenbeiträge bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen, zinslose Darlehen in Form von Bugwellenstunden. Wenn die Sanierung des Landeshaushalts auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgt, müssen wir darüber nachdenken, wie wir diese Praxis beenden. Nehmen Sie als Betroffene Kontakt zu Ihren Wahlkreis-Abgeordneten auf – die Botschaft lautet: Investitionen in Bildung müssen Vorrang vor dem Sparen auf dem Rücken der Beschäftigten haben.

Mit freundlichem Gruß  
Ihre




Doro Moritz,  
Landesvorsitzende  
GEW Baden-  
Württemberg